

****

**DB INTERN**

Quellensammlung 2018

**Wahlen und Amtszeiten**

**der**

**Schwerbehindertenvertretungen**

(SGB IX, § 177)

* Termine Wahlen Schwerbehindertenvertrauenspersonen 2018/2019
* Gesetzestext
* Wahlordnung
* Kommentierung § 177 SGB IX

|  |
| --- |
| Deutsche Bahn AG |
| KSVP/HB |
| Kommentierung nach |
| Prof. Dr. jur. Bernhard Knittel (2017) |



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Sigrid Heudorf, Leiterin Beschäftigungsbedingungen und Sozialpolitik,

und Gerhard Schimm, Konzernschwerbehindertenvertrauensperson der DB AG **Seite 3**

„Koordinierungsstelle Wahlen“, Leistungen und Erreichbarkeit **Seite 4**

1. Termine Wahlen

Schwerbehindertenvertrauenspersonen 2018/2019 **Seite 5**

2 Gesetzestext SGB IX, § 177 **Seite 6**

3 Wahlordnung Schwerbehindertenvertretungen **Seite 8**

4 Auszug aus der Kommentierung zum SGB IX – hier § 177 - **Seite 17**

in der Fassung 2017 von Prof. Dr. jur. Bernhard Knittel

5 Abkürzungsverzeichnis **Seite 69**

**Anlagen**

Vordrucke für die Wahlen der Schwerbehindertenvertrauenspersonen der

Deutschen Bahn AG 2018/2019

* Anlage 1 Förmliches Wahlverfahren **Seite 48**
* Anlage 2 Vereinfachtes Wahlverfahren **Seite 79**
* Anlage 3 Wahlen der

Gesamtschwerbehindertenvertrauenspersonen **Seite 90**

**Vorwort**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

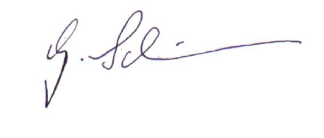
um die Wahlen der Schwerbehindertenvertretungen aller Stufen innerhalb des DB-Konzerns sowie des Bundeseisenbahnvermögens unter dem Gesichtspunkt der neuesten Rechtsprechung und Literatur zu gewährleisten, liegt nun unsere „Wahlhilfe“ vor.

Wir wollen den Wahlleitern und Wahlvorständen sowie allen Personen, welche mit den Wahlvorbereitungen und Wahldurchführungen betraut sind, Hilfsmittel an die Hand geben, die uneingeschränkt praxistauglich sind.

Die Dateien der Wahlformulare sind frei bearbeitbar bzw. bei der „Koordinierungsstelle Wahlen“ abzurufen. Die jeweiligen Kontaktdaten sind auf Seite 4 ersichtlich.

Wir wünschen allen Akteuren einen reibungslosen Wahlablauf.

Mit freundlichen Grüßen



Sigrid Heudorf Gerhard Schimm

(Leiterin Beschäftigungsbedingungen (Konzernschwerbehindertenvertrauensperson

und Sozialpolitik) Deutsche Bahn AG)

**Koordinierungsstelle Wahlen**

**Leistungen**

* Erfassung der Wahlvorstände durch Abfragen in Form der „Eilmeldung 1“.
* Bereitstellung der erforderlichen Vordrucke gemäß des Zeitplanes an die der „Koordinie-   
   rungsstelle Wahlen“ gemeldeten Wahlvorstände. Dazu gehören z. B.
* Vordruck Wählerliste,
* Vordruck Wahlausschreiben,
* sonstige Musterschreiben.
* Freischaltung und Pflege der Lotus Notes-Kachel „Wahlen im Konzern“ im BKU. In dieser   
   Kachel befinden sich die aktuellsten Meldungen und Vordrucke parallel zum Terminplan.
* Wahlvorstände, die keinen BKU-Zugang haben, bekommen von der „Koordinierungsstelle  
   Wahlen“ die gewünschten Unterlagen per Mail zugesandt, soweit dort die Adressen vorlie-  
   gen.
* Abfragen des Bedarfs an Briefwahlunterlagen mit „Eilmeldung 2“, in der Folge   
   Zusendung der bestellten Briefwahlunterlagen. Zu diesen Briefwahlunterlagen gehören:
* Einsendeumschlag,
* Rücksendeumschlag,
* Wahlumschlag,
* persönliche Erklärung, und
* das Merkblatt.
* Erfassung der Ergebnisse mit „Eilmeldung 3“, Weiterleitung der Ergebnisse an die   
   Gewerkschaften.
* Erfassung der gewählten Schwerbehindertenvertrauenspersonen mit „Eilmeldung 4“.

Bei Fragen und Problemen zum Thema „Wahlen“ stehen die Kolleginnen und Kollegen der

„Koordinierungsstelle Wahlen“ gerne beratend und unterstützend zur Seite.

**Diese Leistungen können gegenüber den Wahlvorständen nur dann erbracht werden, wenn diese bei der „Koordinierungsstelle Wahlen“ auch gemeldet sind!**

**Erreichbarkeit der „Koordinierungsstelle Wahlen“**

**Telefax:** 069/265-16110 (intern: 955/16110) **Postanschrift:**

Deutsche Bahn AG

**Ulrike Schuldt** (Vorsitzende) Koordinierungsstelle Wahlen

Telefon: 069/265-16125 (intern: 955/16125) Im Galluspark 21 (7.4.219)

email: [**ulrike.schuldt@deutschebahn.com**](mailto:ulrike.schuldt@deutschebahn.com) 60326 Frankfurt (Main)

**Markus Pappert** (stellv. Vorsitzender)

Telefon: 069/265-16135 (intern: 16135)

email: **markus.pappert@deutschebahn.com**

**Wolf-Rüdiger Sagert** (Mitglied)

Telefon: 069/265-16142 (intern: 955/16142)

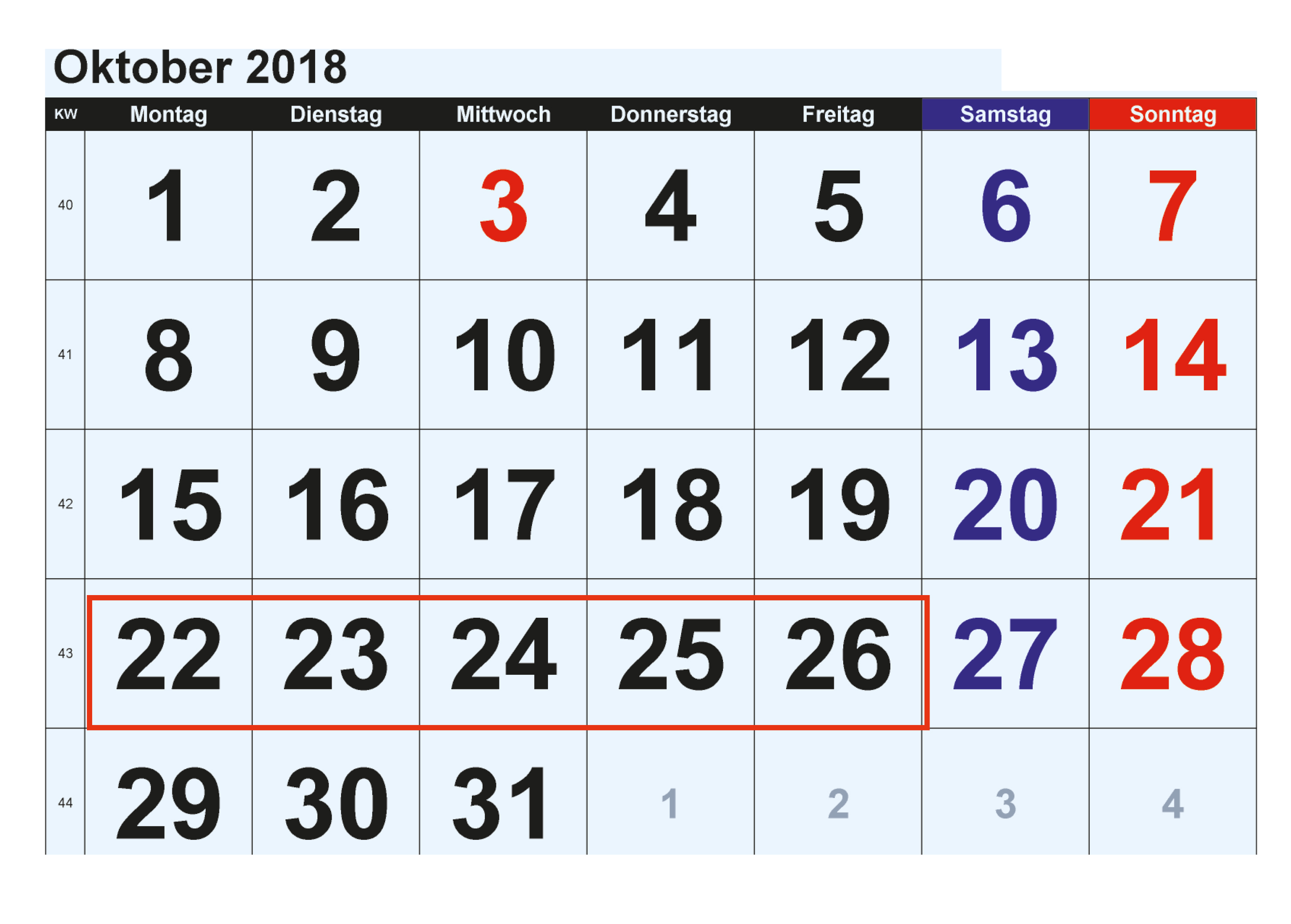
email: [**wolf-ruediger.sagert@**](mailto:wolf-ruediger.sagert@)**deutschebahn.com**

# 1 Termine Wahlen der Schwerbehindertenvertrauenspersonen Konzern Deutsche Bahn AG 2018/2019

**Wahlen der Schwerbehindertenvertrauenspersonen (SVP)**

sollen stattfinden in der Zeit vom

**22.10. – 26.10.2018**

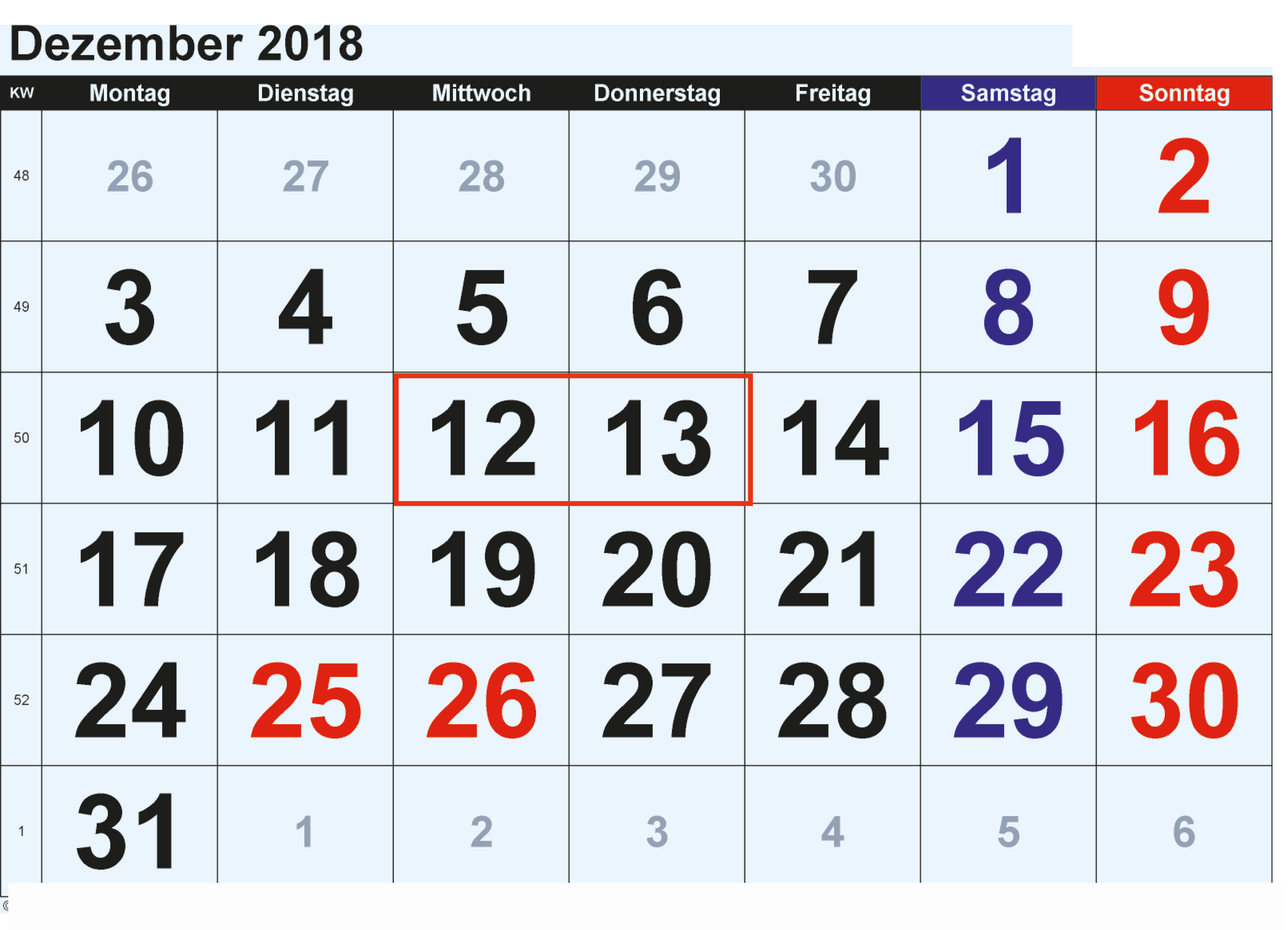
****

**Wahlen der Gesamtschwerbehindertenvertrauenspersonen (GSVP), GemGSVP**

**sowie SSVP-Wahlen und ggf. auch die Bes. HV-Schw des BEV**

sollen stattfinden in der Zeit vom

**12.12. – 13.12.2018 in Berlin**



**Wahlen der Konzernschwerbehindertenvertrauensperson (KSVP)\***

sollen stattfinden am

**11.03.2019 in Berlin**

\* ggf. Wahl der Hauptschwerbehindertenvertreter bei der Präsidentin des BEV

# 2 Gesetzestext

§ 177 SGB IX - Wahl und Amtszeit der Schwerbehindertenvertretung

(1) In Betrieben und Dienststellen, in denen wenigstens fünf schwerbehinderte Menschen nicht nur vorübergehend beschäftigt sind, werden eine Vertrauensperson und wenigstens ein stellvertretendes Mitglied gewählt, das die Vertrauensperson im Falle der Verhinderung vertritt. Ferner wählen bei Gerichten, denen mindestens fünf schwerbehinderte Richter oder Richterinnen angehören, diese einen Richter oder eine Richterin zu ihrer Schwerbehindertenvertretung. Satz 2 gilt entsprechend für Staatsanwälte oder Staatsanwältinnen, soweit für sie eine besondere Personalvertretung gebildet wird. Betriebe oder Dienststellen, die die Voraussetzungen des Satzes 1 nicht erfüllen, können für die Wahl mit räumlich nahe liegenden Betrieben des Arbeitgebers oder gleichstufigen Dienststellen derselben Verwaltung zusammengefasst werden; soweit erforderlich, können Gerichte unterschiedlicher Gerichtszweige und Stufen zusammengefasst werden. Über die Zusammenfassung entscheidet der Arbeitgeber im Benehmen mit dem für den Sitz der Betriebe oder Dienststellen einschließlich Gerichten zuständigen Integrationsamt.

(2) Wahlberechtigt sind alle in dem Betrieb oder der Dienststelle beschäftigten schwerbehinderten Menschen.

(3) Wählbar sind alle in dem Betrieb oder der Dienststelle nicht nur vorübergehend Beschäftigten, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben und dem Betrieb oder der Dienststelle seit sechs Monaten angehören; besteht der Betrieb oder die Dienststelle weniger als ein Jahr, so bedarf es für die Wählbarkeit nicht der sechsmonatigen Zugehörigkeit. Nicht wählbar ist, wer kraft Gesetzes dem Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- oder Präsidialrat nicht angehören kann.

(4) In Dienststellen der Bundeswehr sind auch schwerbehinderte Soldatinnen und Soldaten wahlberechtigt und auch Soldatinnen und Soldaten wählbar.

(5) Die regelmäßigen Wahlen finden alle vier Jahre in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November statt. Außerhalb dieser Zeit finden Wahlen statt, wenn

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
|  |  | 1. das Amt der Schwerbehindertenvertretung vorzeitig erlischt und ein stellvertretendes Mitglied nicht nachrückt, |
|  |  | 1. die Wahl mit Erfolg angefochten worden ist oder |
|  |  | 1. eine Schwerbehindertenvertretung noch nicht gewählt ist. |

Hat außerhalb des für die regelmäßigen Wahlen festgelegten Zeitraumes eine Wahl der Schwerbehindertenvertretung stattgefunden, wird die Schwerbehindertenvertretung in dem auf die Wahl folgenden nächsten Zeitraum der regelmäßigen Wahlen neu gewählt. Hat die Amtszeit der Schwerbehindertenvertretung zum Beginn des für die regelmäßigen Wahlen festgelegten Zeitraums noch nicht ein Jahr betragen, wird die Schwerbehindertenvertretung im übernächsten Zeitraum für regelmäßige Wahlen neu gewählt.

(6) Die Vertrauensperson und das stellvertretende Mitglied werden in geheimer und unmittelbarer Wahl nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt. Im Übrigen sind die Vorschriften über die Wahlanfechtung, den Wahlschutz und die Wahlkosten bei der Wahl des Betriebs-, Personal-, Richter-, Staatsanwalts- oder Präsidialrates sinngemäß anzuwenden. In Betrieben und Dienststellen mit weniger als 50 wahlberechtigten schwerbehinderten Menschen wird die Vertrauensperson und das stellvertretende Mitglied im vereinfachten Wahlverfahren gewählt, sofern der Betrieb oder die Dienststelle nicht aus räumlich weit auseinanderliegenden Teilen besteht. Ist in einem Betrieb oder einer Dienststelle eine Schwerbehindertenvertretung nicht gewählt, so kann das für den Betrieb oder die Dienststelle zuständige Integrationsamt zu einer Versammlung schwerbehinderter Menschen zum Zwecke der Wahl eines Wahlvorstandes einladen.

(7) Die Amtszeit der Schwerbehindertenvertretung beträgt vier Jahre. Sie beginnt mit der Bekanntgabe des Wahlergebnisses oder, wenn die Amtszeit der bisherigen Schwerbehindertenvertretung noch nicht beendet ist, mit deren Ablauf. Das Amt erlischt vorzeitig, wenn die Vertrauensperson es niederlegt, aus dem Arbeits-, Dienst- oder Richterverhältnis ausscheidet oder die Wählbarkeit verliert. Scheidet die Vertrauensperson vorzeitig aus dem Amt aus, rückt das mit der höchsten Stimmenzahl gewählte stellvertretende Mitglied für den Rest der Amtszeit nach; dies gilt für das stellvertretende Mitglied entsprechend. Auf Antrag eines Viertels der wahlberechtigten schwerbehinderten Menschen kann der Widerspruchsausschuss bei dem Integrationsamt (§ [202](https://dejure.org/gesetze/SGB_IX_n.F./202.html)) das Erlöschen des Amtes einer Vertrauensperson wegen grober Verletzung ihrer Pflichten beschließen.

(8) In Betrieben gilt § [21a](https://dejure.org/gesetze/BetrVG/21a.html) des Betriebsverfassungsgesetzes entsprechend.

|  |
| --- |
| 3 Wahlordnung Schwerbehindertenvertretungen (SchwbVWO) **Inhaltsübersicht**  **Erster Teil**  **Wahl der Schwerbehindertenvertretung in Betrieben und Dienststellen**  Erster Abschnitt - Vorbereitung der Wahl  § 1 Bestellung des Wahlvorstandes  § 2 Aufgaben des Wahlvorstandes  § 3 Liste der Wahlberechtigten  § 4 Einspruch gegen die Liste der Wahlberechtigten  § 5 Wahlausschreiben  § 6 Wahlvorschläge  § 7 Nachfrist für Wahlvorschläge  § 8 Bekanntmachung der Bewerber und Bewerberinnen  Zweiter Abschnitt - Durchführung der Wahl  § 9 Stimmabgabe  § 10 Wahlvorgang  § 11 Schriftliche Stimmabgabe  § 12 Behandlung der schriftlich abgegebenen Stimmen  § 13 Feststellung des Wahlergebnisses  § 14 Benachrichtigung der Gewählten und Annahme der Wahl  § 15 Bekanntmachung der Gewählten  § 16 Aufbewahrung der Wahlunterlagen  § 17 Nachwahl des stellvertretenden Mitglieds  Dritter Abschnitt - Vereinfachtes Wahlverfahren  § 18 Voraussetzungen  § 19 Vorbereitung der Wahl  § 20 Durchführung der Wahl  § 21 Nachwahl des stellvertretenden Mitglieds  **Zweiter Teil**  **Wahl der Konzern-, Gesamt-, Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung in**  **Betrieben und Dienststellen -** § 22 Wahlverfahren  **Dritter Teil**  **Wahl der Schwerbehindertenvertretung, Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung**  **der schwerbehinderten Staatsanwälte und Staatsanwältinnen -** § 23 Wahlverfahren  **Vierter Teil**  **Wahl der Schwerbehindertenvertretung, Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung**  **der schwerbehinderten Richter und Richterinnen**  § 24 Vorbereitung der Wahl der Schwerbehindertenvertretung der Richter und Richterinnen  § 25 Durchführung der Wahl  § 26 Nachwahl des stellvertretenden Mitglieds  § 27 Wahl der Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung der schwerbehinderten Rich-  ter und Richterinnen  **Fünfter Teil – Schlussvorschriften**  § 28 Berlin-Klausel  § 29 Inkrafttreten  Ausfertigungsdatum: 22.07.1975; Vollzitat: „Wahlordnung Schwerbehindertenvertretungen in der Fassung der Bekanntgabe vom 23. April 1990 (BGBl. I, S. 811), die durch Artikel 54 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I, S. 1046) geändert worden ist“. Stand: Neugefasst durch Bek. vom 23. April 1990 I 811, geändert durch Art. 54 G. vom 19. Juni 2001 I 1046. Fußnote (+++ Textnachweis ab 27. Juli 1975 +++) – Überschrift: ldF d. Art. 54 Nr. 1 G vom 19. Juni 2001 I 1046 mWv 01. Juli 2001  **Erster Teil**  **Wahl der Schwerbehindertenvertretung in Betrieben und Dienststellen**  **Erster Abschnitt - Vorbereitung der Wahl**  **§ 1 Bestellung des Wahlvorstandes**  (1) Spätestens acht Wochen vor Ablauf ihrer Amtszeit bestellt die Schwerbehindertenvertretung einen Wahlvorstand aus drei volljährigen in dem Betrieb oder der Dienststelle Beschäftigten und einen oder eine von ihnen als Vorsitzenden oder Vorsitzende.  (2) Ist in dem Betrieb oder der Dienststelle eine Schwerbehindertenvertretung nicht vorhanden, werden der Wahlvorstand und dessen Vorsitzender oder Vorsitzende in einer Versammlung der schwerbehinderten und diesen gleichgestellten behinderten Menschen (Wahlberechtigte) gewählt. Zu dieser Versammlung können drei Wahlberechtigte oder der Betriebs- oder Personalrat einladen. Das Recht des Integrationsamtes, zu einer solchen Versammlung einzuladen (§ 94 Abs. 6 Satz 4 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch), bleibt unberührt.  **§ 2 Aufgaben des Wahlvorstandes**  (1) Der Wahlvorstand bereitet die Wahl vor und führt sie durch. Er kann volljährige in dem Betrieb oder der Dienststelle Beschäftigte als Wahlhelfer oder Wahlhelferin zu seiner Unterstützung bei der Durchführung der Stimmabgabe und bei der Stimmenzählung bestellen.  (2) Die Beschlüsse des Wahlvorstandes werden mit einfacher Stimmenmehrheit seiner Mitglieder gefasst. Über jede Sitzung des Wahlvorstandes ist eine Niederschrift aufzunehmen, die mindestens den Wortlaut der gefassten Beschlüsse enthält. Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden oder der Vorsitzenden und einem weiteren Mitglied des Wahlvorstandes zu unterzeichnen.  (3) Der Wahlvorstand hat die Wahl unverzüglich einzuleiten; sie soll innerhalb von sechs Wochen, spätestens jedoch eine Woche vor dem Tage stattfinden, an dem die Amtszeit der Schwerbehindertenvertretung abläuft.  (4) Der Wahlvorstand beschließt nach Erörterung mit der Schwerbehindertenvertretung, dem Betriebs- oder Personalrat und dem Arbeitgeber, wie viele stellvertretende Mitglieder der Schwerbehindertenvertretung in dem Betrieb oder der Dienststelle zu wählen sind.  (5) Der Wahlvorstand soll dafür sorgen, dass ausländische Wahlberechtigte rechtzeitig über das Wahlverfahren, die Aufstellung der Liste der Wahlberechtigten, die Wahlvorschläge, den Wahlvorgang und die Stimmabgabe in geeigneter Weise unterrichtet werden.  (6) Der Arbeitgeber unterstützt den Wahlvorstand bei der Erfüllung seiner Aufgaben. Er gibt ihm insbesondere alle für die Anfertigung der Liste der Wahlberechtigten erforderlichen Auskünfte und stellt die notwendigen Unterlagen zur Verfügung.  **§ 3 Liste der Wahlberechtigten**  (1) Der Wahlvorstand stellt eine Liste der Wahlberechtigten auf. Die Wahlberechtigten sollen mit Familienname, Vorname, erforderlichenfalls Geburtsdatum sowie Betrieb oder Dienststelle, in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt werden.  (2) Die Liste der Wahlberechtigten oder eine Abschrift ist unverzüglich nach Einleitung der Wahl bis zum Abschluss der Stimmabgabe an geeigneter Stelle zur Einsicht auszulegen.  **§ 4 Einspruch gegen die Liste der Wahlberechtigten**  (1) Wer wahlberechtigt oder in dem Betrieb oder der Dienststelle beschäftigt ist und ein berechtigtes Interesse an einer ordnungsgemäßen Wahl glaubhaft macht, kann innerhalb von zwei Wochen nach Erlass des Wahlausschreibens beim Wahlvorstand schriftlich Einspruch gegen die Richtigkeit der Liste der Wahlberechtigten einlegen.  (2) Über Einsprüche nach Absatz 1 entscheidet der Wahlvorstand unverzüglich. Hält er den Einspruch für begründet, berichtigt er die Liste der Wahlberechtigten. Der Person, die den Einspruch eingelegt hat, wird die Entscheidung des Wahlvorstandes unverzüglich mitgeteilt; die Entscheidung muss ihr spätestens am Tag vor dem Beginn der Stimmabgabe zugehen.  (3) Nach Ablauf der Einspruchsfrist soll der Wahlvorstand die Liste der Wahlberechtigten nochmals auf ihre Vollständigkeit hin überprüfen. Im Übrigen kann nach Ablauf der Einspruchsfrist die Liste der Wahlberechtigten nur bei Schreibfehlern, offenbaren Unrichtigkeiten, in Erledigung rechtzeitig eingelegter Einsprüche oder bei Eintritt oder Ausscheiden eines Wahlberechtigten bis zum Tage vor dem Beginn der Stimmabgabe berichtigt oder ergänzt werden.  **§ 5 Wahlausschreiben**  (1) Spätestens sechs Wochen vor dem Wahltag erlässt der Wahlvorstand ein Wahlausschreiben, das von dem oder der Vorsitzenden und mindestens einem weiteren Mitglied des Wahlvorstandes zu unterschreiben ist.  Es muss enthalten:   1. das Datum seines Erlasses, 2. die Namen der Mitglieder des Wahlvorstandes, 3. die Voraussetzungen der Wählbarkeit zur Schwerbehindertenvertretung 4. den Hinweis, wo und wann die Liste der Wahlberechtigten und diese Verordnung zur Einsicht ausliegen, 5. den Hinweis, dass nur wählen kann, wer in die Liste der Wahlberechtigten eingetragen ist, und dass Einsprüche gegen die Richtigkeit der Liste der Wahlberechtigten nur vor Ablauf von zwei Wochen seit dem Erlass des Wahlausschreibens beim Wahlvorstand schriftlich eingelegt werden können; der letzte Tag der Frist ist anzugeben, 6. die Zahl der zu wählenden stellvertretenden Mitglieder, 7. den Hinweis, dass Schwerbehindertenvertretung und stellvertretende Mitglieder in zwei getrennten Wahlgängen gewählt werden, und dass sich aus den Wahlvorschlägen ergeben muss, wer als Schwerbehindertenvertretung, und wer als stellvertretende Mitglieder vorgeschlagen wird, 8. den Hinweis, dass Wahlberechtigte sowohl einen Wahlvorschlag für die Wahl der Schwerbehindertenvertretung als auch für die Wahl des stellvertretenden Mitglieds unterzeichnen können, und dass ein Bewerber oder eine Bewerberin sowohl als Schwerbehindertenvertretung als auch als stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden kann, 9. die Aufforderung, Wahlvorschläge innerhalb von zwei Wochen nach Erlass des Wahlausschreibens beim Wahlvorstand einzureichen; der letzte Tag der Frist ist anzugeben, 10. die Mindestzahl von Wahlberechtigten, von denen ein Wahlvorschlag unterzeichnet sein muss (§ 6 Abs. 2 Satz 1), 11. den Hinweis, dass die Stimmabgabe an die Wahlvorschläge gebunden ist, und dass nur solche Wahlvorschläge berücksichtigt werden dürfen, die fristgerecht (Nummer 9) eingereicht sind, 12. die Bestimmung des Ortes, an dem die Wahlvorschläge bis zum Abschluss der Stimmabgabe durch Aushang oder in sonst geeigneter Weise bekanntgegeben werden, 13. Ort, Tag und Zeit der Stimmabgabe, 14. den Hinweis auf die Möglichkeit der schriftlichen Stimmabgabe (§ 11 Abs. 1), falls der Wahlvorstand nicht die schriftliche Stimmabgabe beschlossen hat (§ 11 Abs. 2), 15. den Ort und die Zeit der Stimmenauszählung und der Sitzung des Wahlvorstandes, in der das Wahlergebnisabschließend festgestellt wird, 16. den Ort, an dem Einsprüche, Wahlvorschläge und sonstige Erklärungen gegenüber dem Wahlvorstand abzugeben sind (Anschrift des Wahlvorstandes).   (2) Eine Abschrift oder ein Abdruck des Wahlausschreibens ist vom Tage seines Erlasses bis zum Wahltag an einer oder mehreren geeigneten, den Wahlberechtigten zugänglichen Stellen, vom Wahlvorstand auszuhängen und in gut lesbarem Zustand zu erhalten.  **§ 6 Wahlvorschläge**  (1) Die Wahlberechtigten können innerhalb von zwei Wochen seit Erlass des Wahlausschreibens  schriftliche Vorschläge beim Wahlvorstand einreichen. Es können ein Bewerber oder eine Bewerberin als Schwerbehindertenvertretung und ein Bewerber oder eine Bewerberin als stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden. Hat der Wahlvorstand die Wahl mehrerer stellvertretender Mitglieder beschlossen, können entsprechend viele Bewerber oder Bewerberinnen dafür benannt werden. Ein Bewerber oder eine Bewerberin kann sowohl als Schwerbehindertenvertretung als auch als stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen werden.  (2) Jeder Wahlvorschlag muss von einem Zwanzigstel der Wahlberechtigten, mindestens jedoch von drei Wahlberechtigten, unterzeichnet sein. Familienname, Vorname, Geburtsdatum, Art der Beschäftigung sowie erforderlichenfalls Betrieb oder Dienststelle der Bewerber oder Bewerberinnen, sind anzugeben. Dem Wahlvorschlag ist die schriftliche Zustimmung der Bewerber oder Bewerberinnen beizufügen.  (3) Eine Person, die sich bewirbt, kann nur auf einem Wahlvorschlag benannt werden, es sei denn, sie ist in einem Wahlvorschlag als Schwerbehindertenvertretung und in einem anderen Wahlvorschlag als stellvertretendes Mitglied benannt. Der Wahlvorstand fordert eine Person, die mit ihrer schriftlichen Zustimmung auf mehreren Wahlvorschlägen für dasselbe Amt benannt ist, auf, innerhalb von drei Arbeitstagen zu erklären, auf welchem der Wahlvorschläge sie benannt bleiben will. Wird diese Erklärung nicht fristgerecht abgegeben, wird der Bewerber oder die Bewerberin von sämtlichen Wahlvorschlägen gestrichen.  (4) Die Unterschrift eines Wahlberechtigten zählt nur auf einem Wahlvorschlag. Der Wahlvorstand hat einen Wahlberechtigten, der mehrere Wahlvorschläge unterzeichnet hat, schriftlich gegen Empfangsbestätigung aufzufordern, binnen drei Arbeitstagen seit dem Zugang der Aufforderung zu erklären, welche Unterschrift er aufrechterhält. Gibt der Wahlberechtigte diese Erklärung nicht fristgerecht ab, zählt seine Unterschrift auf keinem Wahlvorschlag.  **§ 7 Nachfrist für Wahlvorschläge**  (1) Ist nach Ablauf der in § 6 Abs. 1 genannten Frist kein gültiger Wahlvorschlag für die Wahl der  Schwerbehindertenvertretung eingegangen, hat dies der Wahlvorstand sofort in der gleichen Weise bekanntzumachen wie das Wahlausschreiben und eine Nachfrist von einer Woche für die Einreichung von Wahlvorschlägen zu setzen. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass die Wahl nur stattfinden kann, wenn innerhalb der Nachfrist mindestens ein gültiger Wahlvorschlag eingereicht wird.  (2) Gehen innerhalb der Nachfrist gültige Wahlvorschläge für die Wahl der Schwerbehindertenvertretung nicht ein, hat der Wahlvorstand sofort bekanntzumachen, dass die Wahl nicht stattfindet.  (3) Absatz 1 Satz 1 gilt entsprechend, wenn für die Wahl der stellvertretenden Mitglieder kein gültiger Wahlvorschlag eingeht, oder wenn die Zahl der für dieses Amt gültig vorgeschlagenen Bewerber oder Bewerberinnen nicht der vom Wahlvorstand beschlossenen Zahl der stellvertretenden Mitglieder entspricht.  **§ 8 Bekanntmachung der Bewerber und Bewerberinnen**  Der Wahlvorstand macht spätestens eine Woche vor Beginn der Stimmabgabe die Namen der Bewerber und Bewerberinnen aus gültigen Wahlvorschlägen in alphabetischer Reihenfolge, getrennt nach Bewerbungen für die Schwerbehindertenvertretung und als stellvertretendes Mitglied, bis zum Abschluss der Stimmabgabe in gleicher Weise bekannt wie das Wahlausschreiben.  **Zweiter Abschnitt - Durchführung der Wahl**  **§ 9 Stimmabgabe**  (1) Wer wahlberechtigt ist, kann seine Stimme nur für eine Person abgeben, die rechtswirksam als Bewerber oder Bewerberin vorgeschlagen ist.  (2) Das Wahlrecht wird durch Abgabe eines Stimmzettels in einem Wahlumschlag ausgeübt. Auf dem Stimmzettel sind die Personen, die sich für das Amt der Schwerbehindertenvertretung und als stellvertretendes Mitglied bewerben, getrennt in alphabetischer Reihenfolge unter Angabe von Familienname, Vorname, Geburtsdatum und Art der Beschäftigung aufgeführt. Die Stimmzettel müssen sämtlich die gleiche Größe, Farbe, Beschaffenheit und Beschriftung haben. Das gleiche gilt für die Wahlumschläge.  (3) Werden mehrere stellvertretende Mitglieder gewählt, soll der Stimmzettel einen Hinweis darauf enthalten, wie viele Bewerber oder Bewerberinnen im Höchstfall angekreuzt werden dürfen.  (4) Bei der Stimmabgabe wird durch Ankreuzen an der im Stimmzettel jeweils vorgesehenen Stelle die von dem Wählenden gewählte Person für das Amt der Schwerbehindertenvertretung und der Stellvertretung gekennzeichnet. Werden mehrere stellvertretende Mitglieder gewählt, können Bewerber oder Bewerberinnen in entsprechender Anzahl angekreuzt werden.  (5) Stimmzettel, auf denen mehr als die zulässige Anzahl der Bewerber und Bewerberinnen angekreuzt oder die mit einem besonderen Merkmal versehen sind, oder aus denen sich der Wille des Wählers oder der Wählerin nicht zweifelsfrei ergibt, sind ungültig.  **§ 10 Wahlvorgang**  (1) Der Wahlvorstand hat geeignete Vorkehrungen für die unbeobachtete Kennzeichnung der Stimmzettel im Wahlraum zu treffen und für die Bereitstellung einer Wahlurne oder mehrerer Wahlurnen zu sorgen. Die Wahlurne muss vom Wahlvorstand verschlossen und so eingerichtet sein, dass die eingeworfenen Wahlumschläge nicht herausgenommen werden können, ohne dass die Urne geöffnet wird.  (2) Während der Wahl müssen immer mindestens zwei Mitglieder des Wahlvorstandes im Wahlraum anwesend sein; sind Wahlhelfer oder Wahlhelferinnen bestellt (§ 2 Abs. 1 Satz 2), genügt die Anwesenheit eines Mitgliedes des Wahlvorstandes und eines Wahlhelfers oder einer Wahlhelferin.  (3) Der Wähler oder die Wählerin händigt den Wahlumschlag, in den der Stimmzettel eingelegt ist, dem mit der Entgegennahme der Wahlumschläge betrauten Mitglied des Wahlvorstandes aus, wobei der Name des Wählers oder der Wählerin angegeben wird. Der Wahlumschlag ist in Gegenwart des Wählers oder der Wählerin in die Wahlurne einzuwerfen, nachdem die Stimmabgabe in der Liste der Wahlberechtigten vermerkt worden ist.  (4) Wer infolge seiner Behinderung bei der Stimmabgabe beeinträchtigt ist, bestimmt eine Person, die ihm bei der Stimmabgabe behilflich sein soll, und teilt dies dem Wahlvorstand mit. Personen, die sich bei der Wahl bewerben, Mitglieder des Wahlvorstandes sowie Wahlhelfer und Wahlhelferinnen dürfen nicht als Person nach Satz 1 bestimmt werden. Die Hilfeleistung beschränkt sich auf die Erfüllung der Wünsche des Wählers oder der Wählerin zur Stimmabgabe; die nach Satz 1 bestimmte Person darf gemeinsam mit dem Wähler oder der Wählerin die Wahlzelle aufsuchen. Die nach Satz 1 bestimmte Person ist zur Geheimhaltung der Kenntnisse verpflichtet, die sie bei der Hilfeleistung von der Wahl einer anderen Person erlangt hat. Die Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend für des Lesens unkundige Wähler und Wählerinnen.  (5) Nach Abschluss der Wahl ist die Wahlurne zu versiegeln, wenn die Stimmenzählung nicht unmittelbar nach Beendigung der Wahl durchgeführt wird.  **§ 11 Schriftliche Stimmabgabe**  (1) Der Wahlvorstand übergibt oder übersendet den Wahlberechtigten, die an der persönlichen Stimmabgabe verhindert sind, auf deren Verlangen  1. das Wahlausschreiben,  2. den Stimmzettel und den Wahlumschlag,  3. eine vorgedruckte Erklärung, die der Wähler oder die Wählerin abgibt,  4. einen größeren Freiumschlag, der die Anschrift des Wahlvorstandes und als Absender  Namen und Anschrift der wahlberechtigten Person sowie den Vermerk "Schriftliche Stimm-  abgabe" trägt.  In der Erklärung nach Nummer 3 versichert der Wähler oder die Wählerin gegenüber dem Wahlvorstand, dass er oder sie den Stimmzettel persönlich gekennzeichnet hat oder unter den Voraussetzungen des § 10 Abs. 4 durch eine andere Person hat kennzeichnen lassen. Der Wahlvorstand soll zusätzlich zu den Unterlagen nach den Nummern 1 bis 4 ein Merkblatt über die schriftliche Stimmabgabe übersenden oder übergeben. Er vermerkt die Übergabe oder Übersendung der Unterlagen in der Liste der Wahlberechtigten.  (2) Der Wahlvorstand kann die schriftliche Stimmabgabe beschließen. Für diesen Fall sind die in Absatz 1 bezeichneten Unterlagen den Wahlberechtigten unaufgefordert zu übersenden.  (3) Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, dass der Wähler oder die Wählerin  1. den Stimmzettel unbeobachtet persönlich kennzeichnet und in den Wahlumschlag einlegt,  2. die vorgedruckte Erklärung unter Angabe des Ortes und des Datums unterschreibt und  3. den Wahlumschlag und die unterschriebene, vorgedruckte Erklärung in dem Freiumschlag  verschließt und diesen so rechtzeitig an den Wahlvorstand absendet oder übergibt, dass  er vor Abschluss der Wahl vorliegt.  Der Wähler oder die Wählerin kann unter den Voraussetzungen des § 10 Abs. 4 die in den Nummern 1 bis 3 bezeichneten Tätigkeiten durch eine andere Person verrichten lassen.  **§ 12 Behandlung der schriftlich abgegebenen Stimmen**  (1) Unmittelbar vor Abschluss der Wahl öffnet der Wahlvorstand in öffentlicher Sitzung die bis zu diesem Zeitpunkt eingegangenen Freiumschläge und entnimmt ihnen die Wahlumschläge sowie die vorgedruckten Erklärungen. Ist die schriftliche Stimmabgabe ordnungsgemäß erfolgt (§ 11), legt der Wahlvorstand die Wahlumschläge nach Vermerk der Stimmabgabe in der Liste der Wahlberechtigten ungeöffnet in die Wahlurne.  (2) Verspätet eingehende Freiumschläge hat der Wahlvorstand mit einem Vermerk über den Zeitpunkt des Eingangs ungeöffnet zu den Wahlunterlagen zu nehmen. Sie sind einen Monat nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses ungeöffnet zu vernichten, wenn die Wahl nicht angefochten ist.  **§ 13 Feststellung des Wahlergebnisses**  (1) Unverzüglich nach Abschluss der Wahl nimmt der Wahlvorstand öffentlich die Auszählung der Stimmen vor und stellt das Ergebnis fest.  (2) Gewählt für das Amt der Schwerbehindertenvertretung oder als stellvertretendes Mitglied ist der Bewerber oder die Bewerberin, der oder die jeweils die meisten Stimmen erhalten hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.  (3) Werden mehrere stellvertretende Mitglieder gewählt, ist als zweites stellvertretendes Mitglied der Bewerber oder die Bewerberin mit der zweithöchsten Stimmenzahl gewählt. Entsprechendes gilt für die Wahl weiterer stellvertretender Mitglieder. Für die Wahl und die Reihenfolge stellvertretender Mitglieder gilt Absatz 2 Satz 2 entsprechend.  (4) Der Wahlvorstand fertigt eine Niederschrift des Wahlergebnisses, die von dem oder der Vorsitzenden sowie mindestens einem weiteren Mitglied des Wahlvorstandes unterschrieben wird. Die Niederschrift muss die Zahl der abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmzettel, die auf jeden Bewerber und jede Bewerberin entfallenen Stimmenzahlen sowie die Namen der gewählten Bewerber und Bewerberinnen enthalten.  **§ 14 Benachrichtigung der Gewählten und Annahme der Wahl**  (1) Der Wahlvorstand benachrichtigt die für das Amt der Schwerbehindertenvertretung oder als stellvertretendes Mitglied Gewählten unverzüglich schriftlich gegen Empfangsbestätigung von ihrer Wahl. Erklärt eine gewählte Person nicht innerhalb von drei Arbeitstagen nach Zugang der Benachrichtigung dem Wahlvorstand ihre Ablehnung der Wahl, ist diese angenommen.  (2) Wird eine Wahl abgelehnt, tritt an die Stelle der Person, die abgelehnt hat, der Bewerber oder die Bewerberin für das Amt der Schwerbehindertenvertretung oder als stellvertretendes Mitglied mit der nächsthöheren Stimmenzahl. Satz 1 gilt für die Wahl mehrerer stellvertretender Mitglieder mit der Maßgabe, dass jeweils der Bewerber oder die Bewerberin mit der nächsthöheren Stimmenzahl nachrückt.  **§ 15 Bekanntmachung der Gewählten**  Sobald die Namen der Personen, die das Amt der Schwerbehindertenvertretung oder des stellvertretenden Mitglieds innehaben, endgültig feststehen, hat der Wahlvorstand sie durch zweiwöchigen Aushang in gleicher Weise wie das Wahlausschreiben bekanntzumachen (§ 5 Abs. 2) sowie unverzüglich dem Arbeitgeber und dem Betriebs- oder Personalrat mitzuteilen.  **§ 16 Aufbewahrung der Wahlunterlagen**  Die Wahlunterlagen, insbesondere die Niederschriften, Bekanntmachungen und Stimmzettel, werden von der Schwerbehindertenvertretung mindestens bis zur Beendigung der Wahlperiode aufbewahrt.  **§ 17 Nachwahl des stellvertretenden Mitglieds**  Scheidet das einzige stellvertretende Mitglied aus, oder ist ein stellvertretendes Mitglied noch nicht gewählt, bestellt die Schwerbehindertenvertretung unverzüglich einen Wahlvorstand. Der Wahlvorstand hat die Wahl eines oder mehrerer Stellvertreter für den Rest der Amtszeit der Schwerbehindertenvertretung unverzüglich einzuleiten. Im Übrigen gelten die §§ 1 bis 16 entsprechend.  **Dritter Abschnitt - Vereinfachtes Wahlverfahren**  **§ 18 Voraussetzungen**  Besteht der Betrieb oder die Dienststelle nicht aus räumlich weiter auseinanderliegenden Teilen, und sind dort weniger als fünfzig Wahlberechtigte beschäftigt, ist die Schwerbehindertenvertretung in einem vereinfachten Wahlverfahren nach Maßgabe der folgenden Vorschriften zu wählen.  **§ 19 Vorbereitung der Wahl**  (1) Spätestens drei Wochen vor Ablauf ihrer Amtszeit lädt die Schwerbehindertenvertretung die Wahlberechtigten durch Aushang oder sonst in geeigneter Weise zur Wahlversammlung ein.  (2) Ist in dem Betrieb oder der Dienststelle eine Schwerbehindertenvertretung nicht vorhanden, können drei Wahlberechtigte, der Betriebs- oder Personalrat oder das Integrationsamt zur Wahlversammlung einladen.  **§ 20 Durchführung der Wahl**  (1) Die Wahlversammlung wird von einer Person geleitet, die mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt wird (Wahlleitung). Die Wahlversammlung kann zur Unterstützung der Wahlleitung Wahlhelfer oder Wahlhelferinnen bestimmen.  (2) Die Wahlversammlung beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit, wie viele stellvertretende Mitglieder zu wählen sind. Die Schwerbehindertenvertretung und ein oder mehrere stellvertretende Mitglieder werden in getrennten Wahlgängen gewählt; mehrere stellvertretende Mitglieder werden in einem gemeinsamen Wahlgang gewählt. Jede Person, die wahlberechtigt ist, kann Personen zur Wahl der Schwerbehindertenvertretung und ihrer stellvertretenden Mitglieder vorschlagen.  (3) Das Wahlrecht wird durch Abgabe eines Stimmzettels in einem Wahlumschlag ausgeübt. Auf dem Stimmzettel sind von der Wahlleitung die vorgeschlagenen Personen in alphabetischer Reihenfolge unter Angabe von Familienname und Vorname aufzuführen; die Stimmzettel und Wahlumschläge müssen sämtlich die gleiche Größe, Farbe, Beschaffenheit und Beschriftung haben. Die Wahlleitung verteilt die Stimmzettel und trifft Vorkehrungen, dass die Wähler und Wählerinnen ihre Stimme unbeobachtet abgeben können; § 9 Abs. 4 gilt entsprechend. Der Wähler oder die Wählerin übergibt den Wahlumschlag, in den der Stimmzettel eingelegt ist, der Wahlleitung. Diese legt den Wahlumschlag in Gegenwart des Wählers oder der Wählerin ungeöffnet in einen dafür bestimmten Behälter und hält den Namen des Wählers oder der Wählerin in einer Liste fest. Unverzüglich nach Beendigung der Wahlhandlung zählt er öffentlich die Stimmen aus und stellt das Ergebnis fest.  (4) § 13 Abs. 2 und 3 sowie die §§ 14 bis 16 gelten entsprechend.  **§ 21 Nachwahl des stellvertretenden Mitglieds**  Scheidet das einzige stellvertretende Mitglied aus oder ist ein stellvertretendes Mitglied noch nicht gewählt, lädt die Schwerbehindertenvertretung die Wahlberechtigten unverzüglich zur Wahlversammlung zur Wahl eines oder mehrerer stellvertretender Mitglieder ein. Im Übrigen gelten die §§ 18 bis 20 entsprechend.  **Zweiter Teil**  **Wahl der Konzern-, Gesamt-, Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung in**  **Betrieben und Dienststellen**  **§ 22 Wahlverfahren**  (1) Konzern-, Gesamt-, Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung werden durch schriftliche Stimmabgabe gewählt (§§ 11, 12). Im Übrigen sind § 1 Abs. 1, §§ 2 bis 5, 7 bis 10 und 13 bis 17 sinngemäß anzuwenden. § 1 Abs. 2 findet sinngemäß mit der Maßgabe Anwendung, dass sich die Wahlberechtigten auch in sonst geeigneter Weise über die Bestellung eines Wahlvorstandes einigen können. § 6 findet sinngemäß mit der Maßgabe Anwendung, dass bei weniger als fünf Wahlberechtigten die Unterzeichnung eines Wahlvorschlages durch einen Wahlberechtigten ausreicht.  (2) Bei nur zwei Wahlberechtigten bestimmen diese im beiderseitigen Einvernehmen abweichend von Absatz 1 die Konzern-, Gesamt-, Bezirks- oder Hauptschwerbehindertenvertretung. Kommt eine Einigung nicht zustande, entscheidet das Los.  (3) Sofern rechtzeitig vor Ablauf der Amtszeit der Konzern-, Gesamt-, Bezirks- oder  Hauptschwerbehindertenvertretung eine Versammlung nach § 97 Abs. 8 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch stattfindet, kann die Wahl abweichend von Absatz 1 im Rahmen dieser Versammlung durchgeführt werden. § 20 findet entsprechende Anwendung.  **Dritter Teil**  **Wahl der Schwerbehindertenvertretung, Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung der schwerbehinderten Staatsanwälte und Staatsanwältinnen**  **§ 23 Wahlverfahren**  Für die Wahl der Schwerbehindertenvertretung, der Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung der schwerbehinderten Staatsanwälte und Staatsanwältinnen in den Fällen des § 94 Abs. 1 Satz 3 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch gelten die Vorschriften des Ersten und Zweiten Teils entsprechend.  **Vierter Teil**  **Wahl der Schwerbehindertenvertretung, Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung der schwerbehinderten Richter und Richterinnen**  **§ 24 Vorbereitung der Wahl der Schwerbehindertenvertretung der Richter und**  **Richterinnen**  (1) Spätestens acht Wochen vor Ablauf ihrer Amtszeit lädt die Schwerbehindertenvertretung der  schwerbehinderten Richter und Richterinnen die Wahlberechtigten schriftlich oder durch Aushang zu einer Wahlversammlung ein. Die Einladung muss folgende Angaben enthalten:  1. die Voraussetzungen der Wählbarkeit zur Schwerbehindertenvertretung  2. den Hinweis über eine für Zwecke der Wahl erfolgte Zusammenfassung von Gerichten,  3. den Hinweis, wo und wann die Liste der Wahlberechtigten und diese Verordnung zur Ein-  sicht ausliegen,  4. Ort, Tag und Zeit der Wahlversammlung.  (2) Ist in dem Gericht eine Schwerbehindertenvertretung der schwerbehinderten Richter und Richterinnen nicht vorhanden, laden drei wahlberechtigte Richter und Richterinnen, der Richterrat oder der Präsidialrat zu der Wahlversammlung ein. Das Recht des Integrationsamtes, zu einer solchen Versammlung einzuladen (§ 94 Abs. 6 Satz 4 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch), bleibt unberührt.  **§ 25 Durchführung der Wahl**  (1) Die Wahlversammlung beschließt unter dem Vorsitz des oder der lebensältesten Wahlberechtigten das Wahlverfahren und die Anzahl der stellvertretenden Mitglieder der Schwerbehindertenvertretung.  (2) Die Leitung der Wahlversammlung hat die Gewählten unverzüglich von ihrer Wahl zu benachrichtigen. § 14 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 sowie die §§ 15 und 16 gelten entsprechend.  **§ 26 Nachwahl des stellvertretenden Mitglieds**  Scheidet das einzige stellvertretende Mitglied vorzeitig aus dem Amt aus oder ist ein stellvertretendes Mitglied noch nicht gewählt, lädt die Schwerbehindertenvertretung der schwerbehinderten Richter und Richterinnen unverzüglich zur Wahlversammlung zur Wahl eines oder mehrerer stellvertretender Mitglieder für den Rest ihrer Amtszeit ein. Im Übrigen gelten die §§ 24 und 25 entsprechend.  **§ 27 Wahl der Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung der**  **schwerbehinderten Richter und Richterinnen**  Für die Wahl der Bezirks- und Hauptschwerbehindertenvertretung der schwerbehinderten Richter und Richterinnen gelten die §§ 24 bis 26 entsprechend.  **Fünfter Teil**  **Schlussvorschriften**  **§ 28 Berlin-Klausel**  Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 72 des  Schwerbehindertengesetzes auch im Land Berlin.  **§ 29 (Inkrafttreten)** |

# Auszug aus der Kommentierung zum SGB IX, § 177, Prof. Dr. jur. Bernhard Knittel, Fassung 2017:

1. **Bedeutung der Vorschrift**
2. **Fassung**

**III. Anmerkungen**

A) zu Abs. 1

1. Wahlvoraussetzungen

a) Mindestzahl von schwerbehinderten Arbeitnehmern

b) Betrieb

aa) Betriebsbegriff

bb) Abweichende Regelung durch Tarifvertrag

c) Dienststelle

d) Gericht

e) Zusammenfassung von Betrieben, Dienststellen oder Gerichten

2. Wahl von Vertrauensperson und stellvertretendem Mitglied

B) zu Abs. 2

1. Aktives Wahlrecht

a) Grundsatz

b) Geltung für besondere Gruppen

2. Unerheblichkeit der Geschäftsfähigkeit

C) zu Abs. 3

1. Wählbarkeit

a) Erweiterung gegenüber dem aktiven Wahlrecht

b) Einschränkungen gegenüber dem aktiven Wahlrecht

aa) Mindestalter 18 Jahre

bb) nicht nur vorübergehende Beschäftigung

cc) Mindestbetriebszugehörigkeit sechs Monate

2. Ausdrückliche Nichtwählbarkeit

a) Wegen Unzulässigkeit der Mitgliedschaft in Betriebs-/Personalrat

b) Von Leiharbeitnehmern im Entleihbetrieb

c) Bei strafgerichtlicher Aberkennung der Wählbarkeit zu öffentlichen Ämtern

D) zu Abs. 4

1. Aktives und passives Wahlrecht von Soldaten

E) zu Abs. 5

1. Einheitliche Wahltermine

F) zu Abs. 6

1. Wahlgrundsätze

2. Wahlverfahren

a) Förmliches Wahlverfahren

aa) Wahlvorstand

bb) Wählerliste

cc) Wahlausschreiben

dd) Wahlvorschläge

ee) Stimmabgabe

ff) Ermittlung der Gewählten

gg) Aufgaben nach Durchführung der Wahl

b) Vereinfachtes Wahlverfahren

aa) Voraussetzungen

bb) Ablauf

c) Sonderregelungen (überbetriebliche Schwerbehindertenvertretungen; Justiz)

3. Wahlschutz

4. Wahlkosten

5. Wahlanfechtung

a) Abgrenzung zur Nichtigkeit der Wahl

b) Gerichtliche Zuständigkeit für Wahlanfechtung

c) Förmliche Voraussetzungen der Wahlanfechtung

aa) Frist

bb) Anfechtungsberechtigung

d) Anfechtungsgrund

e) Wirkung der Anfechtung

G) zu Abs. 7

1. Amtszeit der Schwerbehindertenvertretung

2. Erlöschen des Amtes wegen grober Pflichtverletzung

**IV. Literatur**

**AA**  Agentur für Arbeit

**Abs** Absatz

**AG** Arbeitgeber/Amtsgericht

**AGG** Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz

**ArbG** Arbeitsgericht

**Art** Artikel

**ArbSichG** Arbeitssicherheitsgesetz

**ArbZG**  Arbeitszeitgesetz

**AZ**  Aktenzeichen

**BAG**  Bundesarbeitsgericht

**BBiG** Berufsbildungsgesetz

**BDSG**  Bundesdatenschutzgesetz

**BeamtVG** Beamtenversorgungsgesetz

**BesHVSchwer** Besondere Hauptvertrauensperson für schwerbehinderte Menschen

**BesVSchwer** Besondere Vertrauensperson für schwerbehinderte Menschen

**BetrVG** Betriebsverfassungsgesetz

**BEV** Bundeseisenbahnvermögen

**BGB** Bürgerliches Gesetzbuch

**BGBl** Bundesgesetzblatt

**BGG** Behindertengleichstellungsgesetz

**BMAS** Bundesministerium für Arbeit und Soziales

**BPersVG** Bundespersonalvertretungsgesetz

**BR** Betriebsrat

**BSG** Bundessozialgericht

**BTHG** Bundesteilhabegesetz

**BUrlG** Bundesurlaubsgesetz

**BV** Betriebsvereinbarung

**BVG** Bundesversorgungsgesetz

**DIN** Deutsche Industrienorm

**EBA** Eisenbahnbundesamt

**EUK** Eisenbahnunfallkasse

**EVG** Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft

**GBR** Gesamtbetriebsrat

**GBV** Gesamtbetriebsvereinbarung

**DGUV** Deutsche Gemeinsame Unfallversicherung

**GdB** Grad der Behinderung

**GdS** Grad der Schädigungsfolgen

**GG**  Grundgesetz

**GSVP** Gesamtschwerbehindertenvertrauensperson

**HVSchwer** Hauptvertrauensperson für schwerbehinderte Menschen

**KBR** Konzernbetriebsrat

**KBS** Knappschaft-Bahn-See

**KBV** Konzernbetriebsvereinbarung

**KSchG** Kündigungsschutzgesetz

**KSVP** Konzernschwerbehindertenvertrauensperson

**LAG** Landesarbeitsgericht

**NAP** Nationaler Aktionsplan

**ÖPNV** Öffentlicher Personennahverkehr

**PR** Personalrat

**Rdnr** Randnummer

**RVO** Reichsversicherungsordnung

**SchwbAV** Ausgleichsabgabeverordnung zum SGB IX

**SchwbVWO** Wahlordnung zum SGB IX

**SG** Sozialgericht

**SGB** Sozialgesetzbuch

**SVP** Schwerbehindertenvertrauensperson

**TV** Tarifvertrag

**UN-BRK** UN-Behindertenrechtskonvention

**WA** Wirtschaftsausschuss

**WO**  Wahlordnung

**WV** Wahlvorstand